

Vor dem Abzug der NATO-Kampftruppen 2014

Gibt es noch eine Chance zum Frieden oder droht eine neue Runde des Bürgerkrieges?

Otmar Steinbicker

Wenn, wie angekündigt, Ende 2014 die Kampftruppen der NATO-Staaten aus Afghanistan abgezogen werden, was wird dann aus dem Land? Bekommt es eine Chance zum Frieden oder wird es im Chaos einer erneuten Runde eines Bürgerkrieges versinken? Eine Prognose ist derzeit nicht einfach zu stellen. Die Angaben schwanken über Zahl und Ausrüstung der verbleibenden NATO-Truppen, hin und wieder ist gar von einem Totalabzug die Rede. Auch wenn es dazu nicht kommt, darf man doch annehmen, dass der NATO mit weniger Truppen nicht gelingen wird, was mit erheblich mehr Truppen nicht gelang. Wer sich tiefer mit der Problematik des Konflikts befasst, wird nicht nur auf die militärischen Aspekte schauen, sondern sich fragen, worin der Konflikt im Kern besteht, und in welche Richtungen Lösungsmöglichkeiten vorstellbar sind. Otmar Steinbicker blickt – wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen – auf 35 Jahre Konfliktgeschichte.

Wenn man bis zum Zeitpunkt des bewaffneten Aufstands 1978 zurückschaut, kann man drei Prozesse erkennen, die teils wenig, teils gar nichts miteinander zu tun hatten und doch gemeinsam wesentlich die Dramatik des Konfliktes und die unterschiedlichen Phasen von Krieg und Bürgerkrieg prägten.

1. Der innerafghanische Konflikt

Der erste bewaffnete Aufstand brach 1978 gegen die bei einem Militärputsch an die Macht gelangte kommunistische Regierung aus. Diese hatte unter anderem versucht, mehr Rechte für Frauen zu verankern und die Alphabetisierung zu forcieren. Dabei ging sie administrativ und im Zweifel auch mit Gewalt vor. Ihr gegenüber standen gerade auf dem Lande Menschen, die an ihren Jahrhunderte alten, nicht nur religiös begründeten Traditionen hingen, welche sie gegen jähe Veränderungen verteidigen wollten.

Diese Thematik wurde nicht nur von politischen Rivalitäten, sondern teilweise auch von den seit jeher bestehenden Nationalitätenkonflikten zwischen der paschtunischen Bevölkerungsmehrheit und den nationalen Minderheiten überlagert.

War das Tempo, das die kommunistische Regierung bei den Frauenrechten vorlegte, ein Traditionsbruch, so war später die Frauenfeindlichkeit des Talibanregimes ein nicht geringerer Traditionsbruch. Hier spielte neben der Terrorherrschaft auch der Einfluss des besonders frauenfeindlichen saudi-arabischen Wahhabismus eine Rolle, den die Talibankämpfer als Jugendliche in Flüchtlingslagern in Pakistan aufgeschnappt hatten.

Wie die afghanische Gesellschaft diese Fragen lösen und ihren Weg in eine Demokratie finden will, die sich an den Traditionen des Landes orientiert, so wie sich die unterschiedlichen Formen der Demokratie in den westlichen Ländern an deren jeweiligen Traditionen orientieren, ist offen. Der Konflikt bedarf einer Lösung. Je we-

niger Aussicht auf friedliche Formen der Konfliktlösung besteht, um so größer ist die Gefahr einer Eskalation bis hin zu einer neuen Runde des Bürgerkrieges.

2. Die Einmischung der Nachbarstaaten in die inneren Angelegenheiten Afghanistans

Hier spielt Pakistan seit jeher eine besonders problematische Rolle. Pakistans Interesse ist vor allem von seinem historischen Konflikt mit Indien bestimmt; dort sieht man Afghanistan eher als strategisches Hinterland. Unter diesem Aspekt wird in guten Beziehungen zwischen Afghanistan und Indien die Gefahr einer Zwei-Fronten-Situation gesehen. Die besondere Situation durch die in Kolonialzeiten willkürlich festgelegte Grenze zwischen beiden Staaten mitten durch das paschtunische Siedlungsgebiet verschärft diese Problematik. Neben Pakistan verfolgen aber auch Iran und die mittelasiatischen Republiken Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan ihre jeweils eigenen Interessen und versuchen, je-

weils Teile der afghanischen Bevölkerung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Das Bestreben der Nachbarländer, Einfluss auf die innere Entwicklung Afghanistans zu nehmen, wird größer sein, je instabiler das Land ist, wobei die Einflussnahme die Instabilitäten zusätzlich vergrößert.

3. Die geostrategischen Interessen der Großmächte

Die sowjetische Invasion Ende 1979 und die massive militärische Aufrüstung der Mudschaheddin-Rebellen durch die USA in den Folgejahren bestimmten die Ausweitung des afghanischen Aufstandes in einen lang anhaltenden Krieg. Dabei ging es den Großmächten kaum um eine Teilnahme im innerafghanischen Kulturkonflikt. Die UdSSR fürchtete 1979, dass die USA nach dem Verlust ihres Verbündeten Iran versuchen könnte, in Afghanistan Ersatz zu suchen und womöglich das Land als militärische Basis für eine atomare Erstschlagstrategie zu nutzen. Dem wollte man durch eine eigene Invasion zuvorkommen. Von Seiten der USA wurde dieser Schritt wiederum als Versuch der UdSSR gewertet, militärisch über Pakistan bis nach Indien vorzudringen. Geostrategische Interessen bestimmen auch heute das Handeln der USA gegenüber Afghanistan. Nachdem die Militärstrategie der USA zunehmend auf den Pazifik und damit in einer Frontstellung gegen China ausgerichtet ist, gewinnen Militärstützpunkte in Afghanistan an Bedeutung.

Betrachten wir vor dem Hintergrund dieser drei Faktoren das Agieren der USA und der NATO seit ihrer Invasion 2001, so ergeben sich Auffälligkeiten:

Die internationalen Truppen nähren den Konflikt

Begonnen wurde der Krieg mit der offiziellen Begründung, es hande-

le sich um eine Selbstverteidigung der USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Binnen weniger Wochen wurden die zuvor regierenden Taliban aus Afghanistan vertrieben, sie konnten überwiegend nach Pakistan flüchten.

Sicher ist, dass die Talibanregierung damals dem gesuchten Al-Kaida-Chef Osama bin Laden Gastrecht gewährte und Ausbildungslager von Al Kaida im Land duldete. Als sicher gilt auch, dass Al Kaida in dieser Zeit einen Teil des afghanischen Staatshaushaltes finanzierte. Dieses Bündnis ging letztlich auf eine Zeit zurück, in der bin Laden sich in Verbindung mit der CIA am Kampf der Mudschaheddin-Rebellen gegen die Sowjetarmee beteiligt hatte. Inwieweit bin Laden an den Anschlägen vom 11. September beteiligt war, konnte nicht geklärt werden. Die Beschuldigungen mündeten in keinen rechtsstaatlichen Prozess.

Als afghanische und US-Streitkräfte unter Beteiligung deutscher Spezialeinheiten im Dezember 2001 in der Schlacht um Tora Bora diesen Höhlenkomplex eroberten, ohne den Al Kaida-Führer zu ergreifen, war die Etappe des „Krieges gegen den Terrorismus“ im Hinblick auf Afghanistan de facto beendet. Wie General Friedrich Riechmann, der damalige Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, mir 2007 in einem Hintergrundgespräch erläuterte, sah er nach dieser Schlacht den Afghanistan-Einsatz bereits als gescheitert an.

Bestimmender als die Terrorismusbekämpfung sollten in der Folgezeit die Ergebnisse der Petersberger Konferenz vom 27.11. bis 5.12.2001 sein. Wortführend in dieser Konferenz war die gegen die Taliban siegreiche Nordallianz, die zu diesem Zeitpunkt bereits de facto die Macht in Afghanistan ausübte. Sie gab vor, die Interessen der Tadschiken, Usbeken und Hazara zu vertreten. In der größ-

ten Bevölkerungsgruppe, unter den Paschtunen, hatte die Nordallianz so gut wie keine Anhänger. Auch die Paschtunen waren in Bonn vertreten, vor allem durch den aus seinem langjährigen römischen Exil angereisten ehemaligen afghanischen König Mohammed Zahir. Nicht vertreten waren die Taliban und auch so gut wie nicht ihr traditionelles Umfeld in den paschtunischen Stämmen.

Die Posten in der Übergangsregierung wurden entsprechend vergeben: Einige Schlüsselpositionen wurden de facto von westlichen Regierungen mit ihnen genehmen Exilpolitikern nichtpaschtunischer Herkunft besetzt, andere gingen direkt an Vertreter der Nordallianz, darunter auch an berüchtigte Warlords und Kriegsverbrecher. Die Ergebnisse dieser Konferenz trugen wesentlich dazu bei, dass sich schon bald ein Aufstand gegen die als Besatzung empfundenen internationalen Truppen entwickelte und die Taliban, deren Vertreibung die Afghanen als Befreiung erlebt hatten, von vielen als „kleineres Übel“ akzeptiert wurden.

Damit standen die deutschen und internationalen Truppen bereits im Januar 2002 vor einem für sie nicht lösbaren Problem. Mit ihrer Unterstützung für die amtierende Regierung konnten sie nicht zur Überwindung des innerafghanischen Konflikts beitragen, sondern liefen von Anfang an Gefahr, diesen Konflikt durch ihre Anwesenheit und Beteiligung an militärischen Auseinandersetzungen fortgesetzt zu nähren. Das geschah zuerst im Süden des Landes, wo vor allem US-Truppen agierten. Nach und nach kam es aber auch im anfangs eher ruhigen Norden und damit im Einsatzgebiet der Bundeswehr zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Sowohl die US- als auch die anderen NATO-Truppen hatten zu Beginn ihrer Intervention so gut wie keine Kenntnisse von afghanischer Kultur und Geschichte, ohne die eine ernsthafte Kommuni-

kation mit der afghanischen Bevölkerung kaum möglich war.

Die Waffenstillstandsinitiative von 2009

Ein Umdenken stand vorübergehend in den Jahren 2009 und 2010 zur Debatte. Nach dem verheerenden Tanklasterbombardement vom 4. September 2009 stimmte der damalige ISAF-Oberkommandierende, der deutsche General Egon Ramms, einem Vorschlag aus der deutschen und afghanischen Friedensbewegung zu, einen Waffenstillstand für die Provinz Kundus zu vereinbaren und ihn bei Erfolg nach und nach auf ganz Afghanistan auszudehnen. Dieser Vorschlag war gemeinsam von der Kooperation für den Frieden (ein Zusammenschluss von mehr als 50 Organisationen und Initiativen der deutschen Friedensbewegung) und der Nationalen Friedensjirga Afghanistans ausgearbeitet und Ramms am 23.9.2009 im NATO *Joint Force Command* in Brunssum unterbreitet worden. Die Taliban-Kommandeure in der Provinz Kundus stimmten ebenfalls zu, und auch die Taliban-Führung um Mullah Omar signalisierte Einverständnis.

Leider konnten Ramms und weitere Offiziere sich mit dem Waffenstillstandsvorschlag weder in der NATO noch bei der Bundesregierung durchsetzen. Dennoch kam es aufgrund dieser Initiative anfangs zu indirekten Kontakten zwischen der ISAF und den Taliban unter Vermittlung des afghanischen Stammesführers Naqibullah Shorish, sogar im Juli und August zu direkten Gesprächen zwischen ISAF-Offizieren aus Deutschland, Großbritannien und den USA mit hohen Taliban-Führern in Kabul. Dabei zeichnete sich ein realistischer Vorschlag für eine Übergangsregierung ab. Im Einvernehmen mit der Karzai-Regierung und den Taliban sollte zuerst in einer Provinz eine Übergangslösung getestet und eventuell modifiziert, sodann spätes-

tens im Zusammenhang mit einem kompletten Abzug der ausländischen Truppen in ganz Afghanistan eingeführt werden. Nach der Pensionierung von General Ramms Ende September 2010 ließ US-General David Petraeus diese Gespräche sofort abbrechen.

Ein wichtiges Ergebnis dieser Initiative blieb allerdings bis heute bestehen: Die Taliban ließen ab 2010 auch offiziell Mädchenschulen in den von ihnen kontrollierten Gebieten zu.

Offiziell setzte auch Petraeus nach Abbruch der Gespräche in Kabul weiterhin auf den Dialog mit den Taliban. Ein von ihm benannter Taliban-Repräsentant entpuppte sich später als Hochstapler, als einfacher Gemüsehändler aus dem pakistanischen Quetta. Auch ein von den USA später angeregtes offizielles „Taliban-Büro“ in Katar erwies sich nicht als geeigneter Ort ernsthafter Gespräche für eine Konfliktlösung.

Fast auf Null geschrumpft: Die Ziele des Afghanistan-Einsatzes

Über weitergehende Ziele des Afghanistan-Einsatzes ist viel geschrieben und noch mehr spekuliert worden. Ein propagierter Einsatz für Menschenrechte konnte nicht wirklich wahrgenommen werden. Auch ein mutmaßliches und ab 2010 sogar öffentlich artikuliertes Interesse des Westens an den Bodenschätzen des Landes wurde nie wirklich realisiert. Dafür wäre eine Befriedung des Landes zur Sicherung der Förderung und des Transportes der Rohstoffe nötig gewesen.

Eine „Befriedung“ auf militärischem Wege hatte sich als unmöglich und eine Befriedung auf dem Verhandlungswege als politisch unerwünscht erwiesen. Angebote der Talibanführung zu Gesprächen über dieses Thema wurden weder von der Bundesregierung noch von der Oba-

ma-Administration aufgegriffen. Damit bleibt das Interesse der USA an Militärstützpunkten in Afghanistan mit Stoßrichtung vor allem gegen China als entscheidendes Ziel übrig. Dieses ist mit den Taliban kaum zu realisieren.

Dabei dürfte die Ankündigung der NATO, bis Ende 2014 ihre Kampftruppen aus Afghanistan abzuziehen, auf die Aufständischen eher wie eine Kapitulationserklärung wirken. Ihre Führung wird daher aktuell wohl kaum eine neue Gesprächsinitiative ergreifen, sondern – ebenso wie die Karsai-Regierung und die diversen Warlords – die weitere Entwicklung abwarten und sich auf eine neue Runde des Bürgerkrieges vorbereiten.

Nicht abzuschätzen ist, inwieweit Geheimdienstoperationen vor allem der Nachbarländer, aber auch kriminelle Drogenhändlerringe, Waffenhändler, Warlords mit eigenen Milizen und andere zur Verkomplizierung der Situation beitragen. Sicher ist: die Afghanische Nationalarmee (ANA) und die afghanische Polizei werden nicht in der Lage sein, die Konflikttransformation zu steuern. Deeskalierende und stabilisierende Akteure sind derzeit nicht in Sicht.

Zum Autor

Der Journalist Otmar Steinbicker ist Herausgeber des Aachener Friedensmagazins www.aixpaix.de. Er war von 2006–2009 einer der Sprecher der Kooperation für den Frieden (Zusammenschluss 50 deutscher Friedensorganisationen und -initiativen) und ist seither Mitglied des Kooperationsrates.